

Plädoyer für bodennahes Ausbringen von Gülle

Wenn es um die Reduktion von Emissionen beim Gülleausbringen geht, führt kein Weg vorbei an den bodennahen Techniken. Das zeigte sich kürzlich auch beim Güllefachtag in St. Martin im Mühlkreis.

Maschinenring und Bezirksbauernkammer Rohrbach hatten den Fachtag am Betrieb von Stallbau Paleczek in Kooperation mit der „Boden.Wasser.Schutz.Beratung“ (BWSB) der LK OÖ organisiert, etwa 200 Bäuerinnen und Bauern nahmen daran teil.

Erste Station des Tages war der Gülleseparatortag, an dem die Teilnehmer großes Interesse zeigten. Im neuen Öpul besteht im Rahmen der Maßnahme „Bodennahe Gülleausbringung und Separierung“ eine Förderung für die Gülleseparierung von 1,40 Euro je Kubikmeter (m³). Die Prämie wird für maximal 20 m³ je Rinder-Großvieheinheit (GVE) und Jahr gewährt. Die GVE werden aus der Rinderdatenbank ermittelt und unabhängig vom Aufstallungssystem berechnet. Anschließend ging es zurück in die Halle, wo Thomas Wallner (BWSB) auf die Möglichkeiten zur Minimierung von Nährstoffverlusten bei der Gülleausbringung und auf die Ammoniakreduktions-Verordnung einging. Diese Verordnung regelt auch die Einarbeitung von Düngern auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Auf solchen müssen Gülle, Jauche, Cärrest und nicht entwässertes Klärschlamm sowie Geflügelmist unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Stunden nach der Ausbringung, eingearbeitet werden. Für Harnstoff gilt, dass auch dieser als Ureasehemmstoff zugegeben ist oder er unverzüglich, jedoch spätestens innerhalb von vier Stunden nach der Ausbringung eingearbeitet wird. Eine Dokumentation ist notwendig. Ebenso wurden die Regelungen zur verpflichtenden Abdeckung offener Güllegruben ab 2028 diskutiert.

Im Vortrag kam klar zum Ausdruck, dass die bodennahe, streifenförmige Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern die zentrale Maßnah-



Das Interesse an der Güllefachtagung war groß.

me darstellt, mit der die Wirksamkeit der Reduktion der Ammoniakverluste in der Systemkette „Stall-Lager-Ausbringung“ geschlossen werden kann.

In Österreich fallen etwa 25 Mio. m³ flüssige Wirtschaftsdünger an. Aktuell werden etwa sieben Mio. m³ bodennah ausgebracht. Bis zum Überprüfungszeitpunkt Ende 2025 sollte diese Menge auf etwa zwölf Mio. m³ gesteigert werden, um das Ziel (15 Mio. m³ bis 2030) erreichen zu können. Die Investitionsförderung und die Öpul-Maßnahme „bodennahe Ausbringung und Gülleseparierung“ unterstützen bei der Anwendung der kostenintensiven Technik, bei der Oberösterreich im Bundesländervergleich führend ist.

Bodennahe Ausbringen könnte verpflichtend werden

Werden die Mengen verfehlt, droht die Gefahr, dass die bodennahe Ausbringung gesetzlich verpflichtend wird, wie das in anderen Ländern schon umgesetzt wird. Dann scheint eine Unterstützung durch die öffentliche Hand nicht mehr möglich. Behandelt wurden auch die Auflagen

der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung. Hingewiesen wurde besonders auf die Abstandsauflagen beim Düngen zu Oberflächengewässern und darauf, dass eine Düngung mit schnellwirksamen Düngemitteln im Herbst – neben Ackerfütterflächen und Grünland – nur mehr bei Raps, Wintergerste und Zwischenfrüchten möglich ist. So wird etwa eine Düngung mit Gülle oder Jauche im Herbst nach Mais, vor Triticale oder Winterweizen nicht mehr möglich sein. Ein großer Lagerraum für Wirtschaftsdünger ist Voraussetzung.

Am Nachmittag ging es an die Praxis. Von Schleppschlauch, Schleppschuh und Gülleverschlauchung bis hin zur herkömmlichen Verteilertechnik wurde alles vorgestellt. Auf besonderes Interesse stieß dabei auch das Schweizer System „Schleppfix“, das seitens Öpul als Schleppschuhsystem anerkannt wird. Ausgebracht wurde verdünnte und separierte Rindergülle. Alle bodennahen Gülleausbringungssysteme, besonders die Schleppschuhtechniken, zeigten ein optimales Arbeitsbild. Bei der großtropfigen Gülleausbringung mittels Verteiler war eine wesentlich höhere Emissionsbelastung feststellbar.

Kosovaren: Führerscheine werden nun anerkannt

Für die etwa 1700 Kosovaren in Österreich gibt es bezüglich deren Führerscheine nun eine Lösung: Sie werden anerkannt. „Seit zwei Jahren habe ich gemeinsam mit dem Bauernbund und Wirtschaftsvertretern um diese Anerkennung gekämpft“, freut sich der Abgeordnete zum Nationalrat Klaus Lindinger. Die nun erzielte Lösung tritt mit 1. September 2023 in Kraft. Allein in Oberösterreich sind von knapp 600 kosovarischen Beschäftigten 512 Saisonbewilligungen im Bereich Land- und Forstwirtschaft aufrecht. „Gerade für die Beschäftigten im Eferdinger Becken, die bei den Gemüsebauern bei der Ernte helfen und auch für den Weitertransport dieser sorgen, ist dies



Klaus Lindinger

eine wesentliche Erleichterung“, erläutert Lindinger.

Der oberösterreichische Abgeordnete hatte diesen Aspekt der Führerscheingesetznovelle im Zuge der parlamentarischen Debatte zum „Raserpaket“, angesprochen, welches vergangene Woche mit breiter Mehrheit im Nationalrat beschlossen worden ist und unter anderem höhere Strafen bei massiven Geschwindigkeitsübertretungen vorsieht.

In Oberösterreich ist das Ehrenamt Ehrensache

Unter dem diesjährigen Motto „Ehrenamt ist Ehrensache“ präsentierten sich kürzlich beim großen OÖ Ehrenamtstag samt Freiwilligenmesse rund um das Linzer Landhaus mehr als 70 Vereine und Organisationen aus ganz Oberösterreich. „Der heutige Tag zeigt in beeindruckender Weise, dass Oberösterreich ein starkes Land des Ehrenamts ist. Das ist von unschätzbarem Wert. Denn ohne Menschen, die sich freiwillig für das Wohl anderer einsetzen und engagieren, würde unser Zusammenleben und unsere Gemeinschaft nicht funktionieren“, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Der Ehrenamtstag stellte das große Leistungsspektrum der Ehrenamtlichen sowie die große Breite der ehrenamtlichen Arbeit vor und holt Ehrenamtliche vor den Vorhang. Dass der Stelzer dankt den Freiwilligen.



Stelzer dankt den Freiwilligen.

lenwert des Ehrenamts in Oberösterreich ungebrochen hoch ist, zeigt auch eine aktuelle Studie des Linzer Marktforschungsinstituts „IMAS“: 60 Prozent der Landsleute engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für ihre Mitmenschen. 22 Prozent der Oberösterreicher, die derzeit kein Ehrenamt ausüben, könnten sich eine ehrenamtliche Tätigkeit vorstellen. 87 Prozent sind der Meinung, dass man junge Menschen schon in Schule oder Ausbildung dafür begeistern kann.

„Leader“ bringen das Land nach vorne

Die „Leader“-Regionen tragen maßgeblich zur Lebensqualität im ländlichen Raum bei. Nun starten sie in eine neue Förderperiode.

Fast 41 Millionen Euro beträgt das Gesamtbudget, das für die Leader-Regionen Oberösterreichs für die nun gestartete neue Förderperiode vorgesehen ist. Diese dauert bis 2027 an, die Anzahl der Regionen wird mit 20 so wie bisher bestehen bleiben. Die Aufteilung der Kofinanzierung liegt künftig für Land und Bund bei je 19 Prozent, 62 Prozent entfallen auf die EU.

Einer der Erfolgsfaktoren des Regionalentwicklungsprogramms ist die Autonomie der Regionen. So werden auch künftig die örtlichen Projektausschüsse über die Budgetvergabe entscheiden. Dabei muss sich das Entscheidungsgremium überwiegend aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu-

sammensetzen. „Mit Leader werden Erfolgsgeschichten geschrieben. Es ermöglicht in allen Lebensbereichen eine Weiterentwicklung und verändert den ländlichen Raum positiv und nachhaltig“, betonte Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig bei einer Auftakt-Veranstaltung in Wien, zu der er die Vertreter aller 83 Leader-Regionen Österreichs geladen hatte.

Die Themenbereiche natürliches und kulturelles Erbe sowie Gemeinwohl werden nun um das Thema Klima

ergänzt. Die EU-Initiative „Smart Villages“ wird künftig integriert, um pilothafte Vorhaben mit Digitalisierungsbezug umzusetzen. „Mit Leader haben wir ein großartiges und nachhaltiges Instrument im Bereich der ländlichen Entwicklung. Alleine in der letzten Förderperiode konnten mehr als 1600 Projekte realisiert werden. Damit wird es seinem Ruf, der Motor der Regionalentwicklung zu sein, allemal gerecht“, sagt Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger.



Leader mobilisiert Ideen und Kräfte vor Ort und leistet einen großen Beitrag zur Regionalentwicklung.

Aufwärtstrend im Ranking der Industrieregionen

Oberösterreich ist im Vergleich der europäischen Industrieregionen erstmals unter den besten 20 zu finden. „Damit zählt unser Bundesland zu den Spitzenaufsteigern unter den Industrieregionen der EU“, so Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner. Diese Entwicklung zeige, dass es gelungen sei, die Rahmenbedingungen hierzulande so zu setzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Oberösterreich deutlich gesteigert werden konnte.

„Unsere Standortpolitik hat weiterhin ein ganz klares Ziel: Oberösterreich muss ein starkes Industrieland bleiben. Denn nur so können Arbeitsplätze und



Markus Achleitner

Wertschöpfung und damit Wohlstand in unserem Land erhalten bleiben“, betont Achleitner.

Innovation, digitale Transformation von Energie und Mobilität, Fachkräfte und Bildung seien wesentliche Schwerpunkte dafür. Auch die strategische Raumplanung spiele eine Rolle.